

Frau
Klara Geywitz
Bundesministerin für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen
11014 Berlin

Berlin, 18.5.2022

Weiterführung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ab 2023

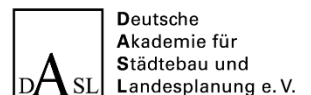
Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

gemeinsam wenden wir uns mit einem sehr wichtigen Anliegen an Sie. Wir möchten betonen, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik (NSP) eines der herausragenden Projekte des Bundes ist. Wir appellieren daher an Sie, diese im kommenden Jahr mit den gleichen finanziellen Mitteln wie bisher auszustatten. Durch die im aktuellen Haushaltsentwurf deutlich vorgenommene Reduzierung der Mittel wäre die NSP nicht mehr in der Lage, ihre wichtige nationale und internationale Funktion adäquat wahrzunehmen.

Die NSP begründete erstmals ein breites Verständnis für die Ziele des Bundes in der Stadtentwicklungspolitik. Der besondere Wert der verschiedenen Initiativen und Dialogformate liegt darin, dass der Bund sich über gesellschaftspolitische Qualitäten der Stadtentwicklung mit Städten und Regionen in einem offenen und fachlichen Dialog austauscht und so zur Umsetzung dieser Ziele motiviert.

Als Umsetzungsinstrument der Neuen Leipzig-Charta, die alle EU-Mitgliedstaaten mit sehr großer Zustimmung im Jahr 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft verabschiedet haben, gewann die NSP nochmals erheblich an Bedeutung. Die Neue Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt 2020 verfolgt das überaus wichtige Ziel, die veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die Bemühungen bei Klimaschutz, Migration, Mobilität und Digitalisierung in gemischten und lebendigen europäischen Städten und Quartieren auf allen Ebenen zu fördern. Ohne eine starke NSP im eigenen Land würde sich Deutschland im Dialog mit den anderen EU-Mitgliedstaaten unglaubwürdig machen und darüber hinaus die eigene Position gegenüber der EU-Kommission schwächen.

Wir hoffen, dass unser gemeinschaftliches Schreiben zu einem Überdenken Ihrer Entscheidung führt. Nur durch die Sicherung der bisherigen



Finanzierung können unserer Auffassung nach weiterhin und ohne Einschränkung die wichtigen und vielfältigen Zielstellungen in der Stadtentwicklung durchgesetzt werden und ein sozial und ökologisch verantwortungsvolles Weiterbauen unserer Städte und Regionen erfolgen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Fragen und Informationen jederzeit zur Verfügung.

Mit besten Grüßen



Andrea Gebhard
Präsidentin
Bundesarchitektenkammer



Susanne Wartzack
Präsidentin
Bund Deutscher Architektinnen und Architekten



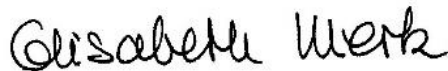
Christoph Schild
Präsident
Bund Deutscher Baumeister,
Architekten und Ingenieure



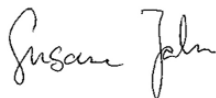
Pia A. Döll
Präsidentin
bund deutscher innenarchitekten



Prof. Stephan Lenzen
Präsident
Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen



Prof. Dr. Elisabeth Merk
Präsidentin
Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung



Susanne Jahn
Vorstandsvorsitzende
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung



Burkhard Kreuter
Geschäftsführer
Verband Deutscher Vermessungsingenieure



Alexander Schwab
Präsident
Vereinigung freischaffender Architekten



Wilfried Grunau
Präsident
Zentralverband der Ingenieurvereine